



Klagen, die schon während der ersten fünf Jahre ihrer Existenz eine tiefe Rolle spielten und deren tiefe historische Rolle, die sie in Zukunft zu spielen berufen ist, schwer zu schätzen ist.

12. **Wirtschaftliche Unterdrückung der WZ.** Wieder und wieder Kampf gegen die ungebildeten Elemente, die geneigt sind, die Linie des kleinlichen Widerstandes zu wählen und die Reihen der sozialdemokratischen Genossenschaften zu verlassen. Wir dürfen nicht imlaunde, neue Gewerkschaften aufzubauen. Wir würden bei einem solchen Versuch zerfallen werden. Sollten die Kommunisten die Gewerkschaften verlassen, würden wir uns von den Massen lösen. Kampf um die Einheit der Gewerkschaften und um ihre Revolutionierung — das bleibt die allgemeine Linie. Ausnahmen und Abweichungen von dieser Linie müssen in jedem Falle, wenn es die Verhältnisse fordern, besonders bedacht werden.

13. **Kampfbahnen und zu entwickeln ist die Taktik der Einheitsfront.** In dem wir uns vor Augen halten, daß diese Taktik für uns nichts anderes ist als die Methode der revolutionären Agitation, Organisation und der Mobilisierung der Massen während einer ganzen, großen Epoche, wo wir noch in der Minderheit sind, und wo die Frage des unmittelbaren Kampfes nur in einigen Ländern auf der Tagesordnung steht, Kampf gegen die opportunistischen Tendenzen, die die Einheitsfront in „erweitertem“ Sinne, im Sinne irgendeines dauerhaften politischen Bündnis der Kommunisten und der Sozialdemokraten im Rahmen der „Einheitsfronttaktik“ gemäß den jeweiligen Verhältnissen nach Ort und Zeit zu mobilisieren. Wir müssen verstehen, daß die Taktik der Einheitsfront nur dann mit Erfolg durchgeführt werden kann, wenn wir sie nicht schablonenmäßig anwenden, sondern den konkreten Verhältnissen in jedem Lande und in jeder gegebenen Periode anpassen. Wir müssen begreifen, daß wir nicht den linken Flügel der Sozialdemokratie bilden, sondern daß wir eine selbständige kommunistische Partei sind, deren Aufgabe es ist, die Sozialdemokratie zu überwinden.

14. **Hoch bewachte und organisierte Befolgung der internationalen Disziplin in unseren Reihen und die Vermeidung der Komintern in eine wirklich einheitliche Internationale kommunistische Partei, die aus einem Zentrum geführt wird — vorläufig, aber nur auf kurze Zeit — aus Moskau, mit der Absicht, dieses Zentrum nach dem ersten entscheidenden Sieg über die europäische Bourgeoisie in ein Land mit einem jahrelang härteren Proletariat zu verlegen.** Wir müssen der ersten Regierungen proletarischen Revolutionen brüderlich und organisatorisch helfen, die Diktatur des Proletariats zu behaupten und jene Taktik der WZ zu befestigen, die sie auf ihrer letzten Bundeskonferenz gegen Zugeständnisse an die internationale Bourgeoisie, gegen die linksbürgerlichen Abweichungen annahm. Unterstützung der WZ bei der Überwindung jener Schwierigkeiten, die sich ihr in der Zeit des Überganges von der Eroberung der politischen Macht zur vollständigen und wirklichen Befolgung der sozialistischen Welttaktik in den Weg gestellt haben.

### Die deutsche Justiz — ein Eckstein Prämien für politische Hochverräter — Zuchthaus für Proleten — Freiprüfung aller Arbeitermörder

(WZ) München, 21. März.  
Am Hieser-Freitag beantragte der Erste Staatsanwalt gegen fünf im Jahre 1921 gegen Friedrich, Fochner und Dr. Weber je sechs Jahre Zuchthaushaft, gegen General Ludendorff wegen Beihilfe bei dem Verbrechen des Hochverrats zwei Jahre Zuchthaushaft, ebenso zwei Jahre Zuchthaushaft gegen Dr. Feil und Adm. wegen Beihilfe, gegen Schneider und Wagner ein Jahr sechs Monate Haft, gegen Oberleutnant Perret ein Jahr drei Monate Zuchthaushaft.

### 11. Jahre Zuchthaus für den Mai-Streit im Ruhrgebiet

(Fig. Ber.) Essen, 22. März.  
Gestern verurteilte die Ehrener Strafkammer vier Arbeiter zu je 12, 8, 6 und 5½ Jahren Zuchthaus. Sie wurden beschuldigt, bei dem Mai-Streit im vorigen Jahr im Ruhrgebiet in der Bürgerweiterei in Stappenberg bei der Entzweiung der am Streitende stehenden Polizei die Wästelständer gewirft zu haben. Der hiesige Staatsanwalt, die Richter haben der Justizbehörde, die damals Richter unter den Streitenden anwesend, wird selbstverständlich nicht gerichtlich verurteilt.

### Zehnjährige Mörder werden freigesprochen

(Fig. Ber.) Bamern, 22. März.  
Bekanntlich wurde im Dezember vorigen Jahres der Führer der Unterbayer Kommunistischen Jugend erschossen. Die Zeit erfolgte anschließend eines Zusammenstoßes einer Kugel durch den 23. und den Mitglieder der bayerischen Schutz-Kapelle, der mit der Erschießung des jugendlichen endete.

### Arbeitermord ist strafrei

Polizeipräsident Kramhorn freigesprochen  
Vor der Strafkammer Kramhorn hatte sich der Schupo-Präsident Kramhorn und der Polizeipräsident G. S. zu verantworten wegen Mordes an dem Arbeiter Peters in Duerfurt in den Märztagen 1921. Kramhorn soll den Befehl zum Erschießen gegeben haben, den Schuß ausgeführt hat. Kramhorn besitzt den Befehl gegeben zu haben.

### Der Staatsanwalt hat die Angeklagten als schuldig an und beantragt für Kramhorn 1 Jahr, für G. S. 9 Monate Gefängnis. Das Gericht hat Kramhorn freigesprochen, wegen Schuß zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, welche durch die Untersuchung als verübt anzusehen ist. Die Haftbefehle wurden aufgehoben.

### Das Urteil ist ein Skandal! Sind denn die Arbeiter freiwild morderische Missetäter? Das Urteil ist eine schändliche Empörung der Arbeiterklasse auslösen. Wir kommen auf den Streik zurück.

Den Strafanzug gegen die Hitler-Kolonie und das Urteil im Ehrener Prozeß beizubehalten geben das Bild von der sogenannten Gerechtigkeit, die es im Volksgedächtnis eine gewisse Rolle spielen soll. Damit soll jedoch nicht das „deutsche Volk“ an den letzten Rest der Menschlichkeit zu verlieren, sondern die deutsche Nation, die Deutschland erhebt Anspruch, eine Kulturnation zu sein. Dem Volkswesen entsprechend dürfte keiner daran zweifeln.

Die Massen dürfen doch landwärtigen. WZ bemerkt die Hüttenmeldung, daß der Bischof von Regensburg seinen Diözesanen verboten habe, sich um Landtagsmandate zu bewerben. 22. März, mittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus Gebiete“

### Schachts Goldnoten als Spekulationspapier

Schachts Goldnoten sollen die deutsche Währung lancieren, sollen ein internationales Zahlungsmittel für die Großstädte sein. Sie sollen grundlos nur gegen den Willen der Bevölkerung ausgeben werden. Aber das sollen jetzt bürgerliche Blätter mit Recht fest — diese Goldnoten werden jeder halb, wenn sie einmal ausgegeben sind, von zweiter und dritter Hand gegen Papier — oder Kenntumart gekauft werden.

„Da andererseits die Einführung der Noten durch die Gold-treuhänder in Denen zu erfolgen hat, so ist damit ein Mittel zum Denkmäler gegeben. Bei der nächsten Goldnoten-tauschbarkeit heißt eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß in diesen Goldnoten sofort ein lebhafter Handel einsetzt, bei dem je nach Lage ein gewisses Agio angeschlossen werden kann.“

Die bürgerlichen Blätter haben Recht. Die Schacht'sche Goldnote ist nur eine Legalisierung und Organisation der weiteren Kapitalflucht aus Deutschland. Die Goldnote, angeblich bestimmt, die Goldnoten gegen die Währung zu halten, wird ihren neuen Satz auslösen und beschleunigen. Denn das führt notwendig Agio der Goldnoten gegen die Währung und Papiermarkt ist nur der Ausdruck für die sich durchsetzende Entwertung dieser beiden „Stabilitäts“-Deutschen Geldarten.

Es sei sich auch hier, daß die Goldnote, genau so wie früher es die Geldentwertung war, zu einem der Mittel in den Händen des Großkapitals wird, nicht nur das Proletariat und die Mittel-schichten auszunutzen, sondern auch die kleinen und mittleren Kapitalisten zu erproppieren.

### „Probleme der Sozial-Hygiene in Rußland“ Aus der Tätigkeit des Volks-Kommissariats für das Gesundheitswesen

(WZ) Berlin, 22. März.

In einer Veranstaltung der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands in Deutschland“ erörterte Dr. Goldenberg als Vertreter des Volkskommissariats für das Gesundheitswesen in der WZ, das Thema „Probleme der Sozial-Hygiene in Rußland.“

Rußland sei das Land der Welt, in die die Vorkämpfer aus, das am schwersten unter den katastrophalen Wirkungen des Weltkrieges zu leiden habe. Die Gelamstiffer der russischen Krieges-verluste in den Jahren 1914 bis 1917 habe etwa sieben Millionen Menschenleben betragen. Im Verlauf der letzten 50 Jahre vorher habe Rußland drei große Kriege geführt, die nur einen Gesamt-verlust von 300 000 Menschen erforderten. Die Verluste des Weltkrieges stellen also ein Vielfaches dieser Zahl dar. Die Verluste des Bürgerkrieges sollen sich dagegen noch nicht übersehen. — Sei dem Regierungskomitee der Sowjets nun es darauf an, sich vor

### Mit blauer Waffe gegen Streikende Die Werjarbeiter im Kampfe nerschüttert

Hamburg, 22. März.

Am Freitagmorgen fanden in Hamburg große öffentliche Ver-sammlungen statt, die beschließen, den Kampf gegen die Streikbrecher weiter aufzunehmen und den Generalstreik zu erwidern. Nach Schluß der Versammlung wurde eine Demonstration mit ca. 5000 Arbeitern, der von der Schupo mit blankem Gewehr aus-gestrichen wurde. Dieser wurde ein Vermander festgehalten.

(Fig. Ber.) Hamburg, 22. März.

Gestern fand eine Konferenz von Vertretern der Hafen- und Werjarbeiter ganz Norddeutschlands statt, in der über die Kampfs-lage folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

In Bremen sind am Dienstag 60 000 Arbeiter der Dannebelle in den Streik getreten. Am Freitag lagen 54 Schiffe, die nicht aus-geladen werden können, trotzdem 200 Tausende verladen, den Streik zu erwidern. Dieser hat Erfolg.

In der Reichshafenbehörde sind eine Betriebsver-einigung beschlossen, die von der Behörde erzwungen, daß den Streikenden die Gew- und Elektrizitätsleistungen gestrichelt werden. Ebenfalls erwidert ist, daß die Behörden die Genehmigung zur Herausgabe von Sammelbüchern geben.

In Stettin liegt der Hafen still. Der Kampf gegen die WZ wird von den Gewerkschaften geschlossen durchgeführt. In Kiel geht der Kampf weiter. Die Germania-Werft stellt in der nächsten Woche.

Die Arbeiter der Hafen- und Werjarbeiter verpflichtete die Streikenden der einzelnen Orte, dafür Sorge zu tragen, daß überall die Arbeit geschlossen niedergelagt wird.

### Sie wollen „Führung“ nehmen Sollen die Hamburger Werjarbeiter eingeseigt werden?

(WZ) Hamburg, 22. März.

Arbeitsminister Dr. Brauns, der am Donnerstag mit Senator Dr. Weitzel und dem Schlichter Dr. Stengel die Lage in Hamburg besprach, wird heute in Hamburg eintreffen, um mit den beteiligten Kreisen Führung zu nehmen.

Die Regierung will ebenfalls „eingreifen“, um die kämpfenden Werjarbeiter zu veranlassen, den ersten Schiedspruch, von dem der „Vorwärts“ sagte, daß er ein „Sieg“ für die Werjarbeiter sei, anzunehmen. Auch der Reichsregierung gegenüber werden die Hamburger Handhabe bleiben und beweisen, daß sie nicht gewillt sind, das Unternehmertum hinzunehmen.

(Fig. Ber.) Hamburg, 22. März.  
Der Deutsche Verkehrsband hat am Donnerstagabend seine Funk-tionäre der Hafenarbeiter zusammengerufen, um ein Telegramm des Bundesvorstandes bekanntzugeben, wo eine sofortige nodemalige Unterabteilung über den bereits abgelehnten Schiedspruch und die Annahme des Schiedspruches verhandelt wurde. Die Funktionäre lehnten empört ab, eine nodemalige Unterabteilung vorzunehmen. Daraufhin berief der Deutsche Verkehrsband eine Mitgliedere-sammlung der Section Hafenarbeiter ein, wo Geiselt vom Ver-bandsvorstand erschienen war, um den Kampf abzuwenden. Er konnte jedoch nicht durchsetzen. Die Versammlung beschloß ein-stimmig, weiter zu kämpfen und den Ortsausgang aufzufordern, er solle den Generalstreik proklamieren.

allem auch der Pflege der Sozialhygiene im Innern des Landes zu widmen. Der erste Kampf galt den jährlich auftretenden Epidemien, die durch die große Menge der Kriegsgelungen ver-schleppt wurden. Durch heftige Maßnahmen gelang es sogar im nächsten Sommer im Jahre 1921 dort zu verhindern. Vor allem Wert der Sowjets ist die Konzentrierung der gesamten Volks-wirtschaft für eine amtlichen Stelle zu betrachten, die zudem unter dem zaristischen Regime nicht bestand. Diese amtliche Stelle, das Volkskommissariat für das Gesundheitswesen (Volkskommissariat) als einheitliche Organisation für die Erhaltung der Arbeiter- und Volkskommissariat hat. In der Zeit dieses Be-stehens genaltige sanitäre Aufklärungsarbeit geleistet. Vor allem ist es im Augenmerk auf das Wohl von Mutter und Kind und Jugendlichen und Lehrlingen. Der Kampf gegen die Hauptüber-lieferung, Geschlechtskrankheiten und Prostitution wird im Staatsmaßstab geführt. Es wird nicht erst darauf gewartet, bis ein Hilfsbedürftiger nach Hilfe ruft, sondern in den Fabriken und in den öffentlichen Verkehrsmitteln sind Untersuchungen schon bestanden eine Gesundheitsprüfung vorgenommen.

Der Vortrag löste einen starken Beifall aus. In der anschließenden Diskussion äußerten der Professor Dr. Gönier, Mitglied des preussischen Landes-Gesundheitsrats, der Sozialhygieniker Professor Dr. Bornheim und Dr. Franz, der Direktor des Berliner Rettungs-amtes ihr Interesse für eine weitere Ausklärung über die sozial-hygienischen Maßnahmen in Sowjet-Rußland.

### Neuer WZ-Schwindel über Rußland

Die „Leipziger Volkszeitung“ eröffnet den Reichstagswahlkampf mit einem zwei Seiten langen Zeitartikel über den roten Terror in Rußland. Am einzelnen ist mit diesem Artikel einer kümmer-lichen journalistischen Spezialität ausmündend, indem sich nicht. Was es ist ein hartes Stück, wenn ein sozialdemokratisches Organ in Sachen, unter dem frühen Einbruch der Müller-Verhaftung, es wagt, über den Terror in Rußland zu spekulieren. Die hiesigen Arbeiter werden an den Terror denken, den sie durch die Bourgeoisie, ihre Generale und Heerführer erlitten haben. Sie werden an den Schrecken denken, den Sowjet-Rußland seinen Feinden einflößt, und sie werden daran denken, wie sie am 11. Mai zu wählen haben, und zwar kommunistisch.

### Den verdienten Gestrikt

(WZ) Jena, 21. März.

Die Telephon-Union teilt mit, daß der bekannte frühere sozial-demokratische Volksgelehrte Müller (Brandenburg) von der neuen Union abgetrennt und unter den dort untergeordneten einer kümmer-lichen Denkmäler also auch die Gehaltsunterstützung des Sozialdemo-kraten Müller (Brandenburg) nichts gesichert.

### Mit großer Majorität haben denn auch die Arbeiter selbst den Schiedspruch abgelehnt.

Es wollte ganz zweifellos die Reihen der kämpfenden streikenden, eine Beendigung des Kampfes herbeiführen, der Arbeiterchaft der schlechtesten Bedingungen aufzugeben. Das Unternehmertum war in Not. Wie der „Vorwärts“ sagt, hat der Kampf schon zu merkwürdigen Erschütterungen des Wirtschaftsliebens nach Deutschland geführt. Der Unternehmertum sollte geschont an den Kommunisten ein Schloß verliert werden. Zum Schluß der Notiz bemerkt näm-lich der „Vorwärts“, die Arbeiter hätten einen vollen Erfolg erzielt, die „absoluten Verluste der Führer der WZ, den Streik auf das politische Gebiet zu schieben, Kritik abgeben. Die Arbeiter müssen nun: die Unternehmertum in Minderung und Beherrschung des „Vorwärts“ als einen vollen Erfolg!

Das hiesige „Volkswort“, das sonst jeden Dred des „Vorwärts“ unbedenken abdruckt, hat diesmal das Maß der Gerilltheit, der „Vorwärts“-Schwindel war gar zu unerschüttert.

### Die Hamburger Frauen für die streikenden Werft- und Hafenarbeiter

(Fig. Ber.) Hamburg, 22. März.

Der große Kampf des Hamburger Proletariats um die Einbe-laltung des Achtstundentages findet die volle Unterstützung der proletarischen Frauen, die eingesehen haben, daß dieser Kampf ihr Kampf ist.

In einer am 11. März stattgefundenen großen Frauentagsver-sammlung erklärten die Frauen den streikenden Werft- und Hafen-arbeitern die volle Sympathie und gelobten, ihnen nach Kräften zu helfen, damit der Kampf durchgeführt wird.

Zu diesem Zweck werden sich die Kommunisten an die Arbeiter-frauen Hamburgs und an die Frauen der streikenden Werft- und Hafenarbeiter. Sie erklären, weshalb der Kampf geführt wird, wie notwendig es ist, durch Streikenden den Kämpfen in den Künden zu fallen. Angehörig der Parteien, daß die Reformisten versuchen, eine Streikbrecherbande zu organisieren, fordern sie die Frauen auf, nicht zu dulden, daß ihre Männer an diesem Kampf teilnehmen und unter gegebenen Umständen den Substitutions vor die Füße zu werfen. Sie schließen den Aufruf mit folgender Mahnung:

„Alle Kräfte müssen jetzt mobilisiert werden, um den General-streik für Erhaltung des Achtstundentages zu organisieren. Arbeiterkomitee! Unterstützt die Streikenden in ihrem Kampf! Sperrt eure Männer an, treibt sie voran! Macht eure Euren allen Auf wieder zu eigen.“

„Tode hungern für Einnah und keine „demokratische Republik!“  
So wie hier im unmittelbaren Kampfgebiet muß aber die Solidari-tät der proletarischen Frauen Tat werden. In allen Ver-sammlungen und Konferenzen müssen von den Frauen Sympathie-erklärungen für die Streikenden in Ludwigshafen, Hamburg und wo immer der Kampf um den Achtstundentag tobt, angenommen. Sammlungen organisiert und der Kampfgeist der Arbeiterchaft angezweuert werden.“

### Im Kampf um den Achtstundentag

(Fig. Ber.) Bielefeld, 22. März.

Bei der im Stadthofwerk Bielefeld vorgenommenen Ab-stimmung über den Achtstundentag stimmten 95 Prozent für die Beibehaltung des Achtstundentages für Erhaltung der Arbeits-löhne in volle organisierte Entlohnungen seitens des Werkes stimmten 99 Prozent. Ein Prozent der Belegschaft erklärte sich mit dem Neunstundentag einverstanden. Die Belegschaft ist 4000 Mann stark.

### Raub von Sammelgeldern

(Fig. Ber.) Bielefeld, 22. März.  
Die Polizei hat es darauf abgesehen, die Gelder abzuführen, die für die armen der Armen zusammengebracht werden. Arbeiter-frauen hatten bei ihren Gedenkveranstaltungen für die zur Schul-einstellung kommenden Kinder gesammelt. Die Polizei hat einige dabei erwischt und ihnen die gesammelten Gelder abgenommen.

Die Polizei beschlagnahmt Unterhaltungs-gelder  
(Fig. Ber.) Bielefeld, 22. März.  
Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter veranlaßt die Arbeiter Sammlungen, unter anderem auch bei den Geschäftleuten. Heute verhaftete die Polizei zwei sammelnde Arbeiter und nahm ihnen die Listen und das „Sammel“-Geld ab.























# Gewerkschaftsbewegung

## Die SPD-Bureaucraten als Gewerkschafts-fürsprecher

Ein Gemeinfall des Bezirksrates Köppler vom DMR.

Aus Lebensleben erhalten wir von oppositionellen Metallarbeitern folgende Schilderung:

Unser Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 18. März, sollte den Bericht über den Kollaps der Metallindustrie entgegennehmen. Der Bezirksleiter Köppler ist, wie alle Redner bekannte, er redet aber nicht über den Verbandsstand, sondern schimpfte über die Kollegen von Halle-Merseburg und Meissen. (Dort sind wohl kommunisierende Ortsvereine?) Scheinbar kann Köppler die Rede nicht leiden. Die oppositionellen Kollegen hatten den Kollegen Höder aus Halle gebeten, als Gast an unserer Versammlung teilzunehmen. Als Höder in den Saal trat, schickte Köppler seine richterliche Beurteilung über den Redner. Höder erklärte seinen Antrag, Höder dürfe in der Diskussion nicht das Wort erhalten. Köppler erklärte, dass er mit dem Antrag, das jedem Mitglied das Recht gebe, in Mitgliederversammlungen zu reden. Einige SPD-Leute waren ganz entsetzt von dem Auftreten ihres Parteiführers Köppler und unterließen ihm. Sie wollten auch wissen, was das für ein Mann ist, der sich so über seine Kollegen äußert. Köppler erklärte, dass er die Rede nicht hören wollte. Er erklärte, dass er die Rede nicht hören wollte. Er erklärte, dass er die Rede nicht hören wollte.

Während wir uns an der Abstimmung nicht beteiligten, erklärte Köppler seinen Antrag für angenommen und wollte in der Versammlung fortfahren. Köppler erklärte, dass er die Rede nicht hören wollte. Er erklärte, dass er die Rede nicht hören wollte. Er erklärte, dass er die Rede nicht hören wollte.

Unser Mitglied Höder hat über das Auftreten Köpplers berichtet. Er erklärte, dass er die Rede nicht hören wollte. Er erklärte, dass er die Rede nicht hören wollte. Er erklärte, dass er die Rede nicht hören wollte.

## Kampf um den Achtstundentag und um höhere Löhne und Gehälter

Die allgemeine Mitgliederversammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die am 18. März in Halle stattfand, wurde von der SPD-Bureaucratie dominiert. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die Arbeiterschaft über acht Stunden zu vermehren. Jeder müssen wir feststellen, daß es Kollegen fertigmachen, trotz der großen Zahl von arbeitslosen Bauarbeitern, dem Druck der einzelnen Unternehmer folgend, neue zu logare zehn Stunden zu arbeiten; das trifft hauptsächlich in den ländlichen Gebieten zu. Kollegen, die ab und zu die ländlichen Gebieten verlassen, sind in der Regel arbeitslos. Kollegen, die länger als acht Stunden arbeiten, werden nicht bezahlt. Ferner machen wir noch einmal darauf aufmerksam, daß auf allen Arbeitstellen Baulegitime vorhanden sein müssen. Das ist notwendig, um die Verbindung zwischen Gehaltsleistung und den Kollegen auf der Baustelle aufrechtzuerhalten.

## Kommunistische Reichsbeamtenkonferenz

Am Sonntag, dem 16. März, hatte die erste Reichsbeamtenkonferenz stattgefunden. Die Konferenz wurde von der SPD-Bureaucratie dominiert. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

## Kurzgewerkschaftliche Nachrichten

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

## Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

## Neues vom Tage

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

## Herren-Wäsche und -Moder

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

## Bestellischein

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

## Klassenkampf

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

So mahnt die Bourgeoisie bei Albrecht auf die Natur in der fast 1.500-jährigen Gesellschaftsordnung.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

## Theater und Konzerte in Halle

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

## Arbeiter-Sport

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

## Die Barde unserer Leser: Alle Einfäufe tätigen wir bei unseren Inferenten!

## Kreis-Spartasse Merseburg

## Jetzt hat es wieder Zweck zu sparen!

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.

Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen. Die SPD-Bureaucratie wollte den Achtstundentag und höhere Löhne und Gehälter durchsetzen.